

Inhalt der Sitzung vom 12.10.2009

TOP Ö 1 Fragen der Bürgerinnen und Bürger

Es wurden keine Fragen gestellt.

TOP Ö 2 Entscheidung über die Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen nach § 78 Abs. 4 GemO

Die Gemeinde erhielt 510,23 € aus dem Verkauf von französischen Spezialitäten während des Straßenfestes durch den Stand der Partnerstadt Castelnau-le-Lez als Spende für die Deutsche-Leukämie-Forschungs-Hilfe –Aktion für krebskranke Kinder – Ortsverband Heidelberg e.V.

GR Silke Layer (PL) bedankte sich im Namen der PL und gab die Zustimmung.

GR Karl Schleich (CDU) bedankte sich im Namen der CDU und gab die Zustimmung.

GR Gaby Wacker (SPD) bedankte sich im Namen der SPD und gab die Zustimmung.

GR Sigrid Schüller (GLP) bedankte sich im Namen der GLP und gab die Zustimmung.

TOP Ö 3 Beschlussfassung über die Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragshaushaltsplan der Gemeinde Plankstadt für das Haushaltsjahr 2009 sowie des Nachtragswirtschaftsplans des Eigenbetriebs Gemeindewasserversorgung Plankstadt für das Wirtschaftsjahr 2009

Aufgrund unterschiedlicher Faktoren ist der Beschluss über eine Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009 sowie der Beschluss des Nachtragswirtschaftsplans des Eigenbetriebs Gemeindewasserversorgung Plankstadt für das Wirtschaftsjahr 2009 erforderlich geworden.

GR Dr. Stephan Verclas (PL) fasste zusammen, dass der Nachtragshaushalt erhebliche Mindereinnahmen und Einbußen hat. Die ca. 1,8 Mio. € Mindereinnahmen resultieren aus Finanzkrise, wichtigen Investitionen im Rahmen des Konjunkturpakets und anderen wichtigen Investitionen, die es zu tätigen galt. Er gab die Zustimmung für die PL.

GR Jutta Schuster (CDU) bemerkte, dass man durch das Konjunkturpaket wichtige Sanierungen in der Gemeinde sehr günstig erledigen konnte. Sie betonte, dass man den Haushalt nicht ständig durch die Veräußerung von Grundstücken oder Miet- und Pachterhöhungen finanzieren könne. Sie schlug weiter vor, dass sich das Gremium an einem Freitag oder Samstag treffen solle, um Punkt für Punkt des Haushaltes zu besprechen. Zuletzt gab sie die Zustimmung für die CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Mende (SPD) sah den Nachtragshaushalt im Zeichen des Umbruchs und beklagte die desolante finanzielle Situation der westlichen Industrieländer. Er sah kritisch die Belastung der allgemeinen Rücklage und sprach für die SPD eine Enthaltung aus.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) zeichnete die Krise beim Finanzkapital und Konjunkturreinbrüche für die Situation verantwortlich. Er verwies auf seine Prognose, dass die Einnahmen aus Steuer zu hoch angesetzt seien und fragte an, ob die Sparkasse wieder Gewerbesteuer zahle. Schlüsselzuweisungen und die Finanzpauschale sind ebenfalls rückläufig, die allgemeine Rücklage ist gefallen und die Fraktion der GLP halte den geplanten Standort für die

Photovoltaikanlage für ungeeignet, sagte Hohl weiter. Er sagte weiter aus, dass er die Personalausdünnung beim Bauhof ablehne und fragte ob der Wasserpreis 2010 gehalten werden könne, sowie ob die Pläne für Eigenförderung von Wasser durch die Gemeinde aufgrund der Schadstoffmengen zu den Akten gelegt würden. Er sprach für die GLP eine Ablehnung aus.

BGM Schmitt erklärte, dass die Frage ob die Sparkasse Gewerbesteuer zahlt nicht beantwortet werden könne, da sie unter das Steuergeheimnis fällt. Er betonte, dass sich die Gemeinde in einer schwierigen finanziellen Lage befindet, es aber nicht hoffnungslos ist. Zuletzt informierte er, dass sich die Frage nach einer Eigenförderung noch gar nicht stellt, da man noch für weitere vier Jahre vertraglich an Schwetzungen gebunden ist. Derzeit liegen keine Informationen von Schwetzungen über die Entwicklung des Wasserpreises vor.

TOP Ö 4 Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit der Gemeinde Plankstadt vom 20.11.2001

Die Entschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeit in der Gemeinde Plankstadt sollen den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden. Nach eingehender Beratung empfiehlt der Ausschuss für Verwaltung, Kultur, Sport und Soziales die Entschädigung nach Durchschnittssätzen anzupassen und die Aufwandsentschädigung für Bürgermeisterstellvertreter zu pauschalieren.

GR Gerhard Waldecker (PL) betrachtete die Anpassung als moderat, man mache hier bestimmt keine Überbezahlung. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schuster (CDU) hielt die Anpassung für erforderlich und gab die Zustimmung der CDU.

GR Jutta Schneider (SPD) betonte, dass die Ratsmitglieder auf eine Erhöhung verzichtet haben und gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) hielt die Anpassung ebenfalls für angemessen und an der Zeit und gab die Zustimmung der GLP.

TOP Ö 5 Fortschreibung der gemeinsamen Empfehlungen der Kirchen und der kommunalen Landesverbände zur Festsetzung der Elternbeiträge für die Kindergartenjahre 2009/2010 und 2010/2011

Die Elternbeiträge für Kindergärten werden bisher in Baden nach der Bemessungsgrundlage Anzahl der Kinder aus einer Familie, in Württemberg im Rahmen der sogenannten Sozialstaffelung nach Berücksichtigung aller Kinder in der Familie bis zum 18. Lebensjahr erhoben.

Zukünftig soll in Baden-Württemberg die Erhebung der Elternbeiträge einheitlich nach dem Württemberger Modell erfolgen. Gleichzeitig sollen die Elternbeiträge für die Jahre 2009/2010 und 2010/2011 den gestiegenen Kosten angepasst werden. Ausgangslage bleibt dabei das landesweite Bestreben, rund 20 % der Betriebsausgaben durch Elternbeiträge zu decken. Es soll Rücksicht auf die finanzielle Belastbarkeit der Eltern genommen werden, doch erlaubt die finanzielle Situation der Gemeinde einen Wegfall der Beitragseinnahmen nicht.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) begrüßte, dass es in Baden-Württemberg künftig ein einheitliches Modell geben soll. Sie verdeutlichte die Herausforderung an alle Kindergärten, wenn einheitliche Beiträge vorhanden sind. Sie gab zu bedenken, auch an Alleinerziehende und Familien mit geringem Einkommen zu denken und forderte eine

Sozialstaffelung für Plankstadter Familien. Allerdings müsse eine Beitragserhöhung realisiert werden. Man solle ein Gespräch mit den Kindergartenleiterinnen führen und mit den Ergebnissen nochmals das Gremium informieren.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte aus, dass dieses Konzept nur auf den ersten Blick gut aussehe, aber für ein abschließendes Urteil zu wenig Zahlen zur Verfügung stehen. Die Verwaltung solle Berechnungen durchführen, was die Eltern im Einzelnen bezahlen und man solle eine Stellungnahme der Kirchen einholen. Sie befand die Preise für die Betreuung in einer Kinderkrippe als zu teuer und stellte den Antrag auf Vertagung des TOP bis zur nächsten Sitzung.

GR Gaby Wacker (SPD) sagte aus, dass der Teufel bei dem vorgelegten Modell im Detail stecke und betonte, dass man sich fragen müsse für wie viele Familien die Entlastung effektiv zutrifft. Die von der Verwaltung erarbeitete Sozialstaffelung befand sie als inakzeptabel und forderte die stufenweise Einführung eines beitragsfreien Kindergartens. Sie teilte die Ablehnung der SPD des vorliegenden Vorschlags mit.

GR Sigrid Schüller (GLP) sprach sich für das Württembergische Modell aus, forderte aber eine bessere Staffelung der Beiträge und eine Erhöhung im 5 €-Bereich. Sie befand den Beitrag für die Kinderkrippe zu hoch und forderte die Vertagung bis neue Preise berechnet sind.

GR Dr. Stephan Verclas (PL) betonte, dass in dem Württemberger Modell schon eine soziale Staffelung immanent ist und diese nur in anderer Form stattfindet. Dies müsse man bei einer Entscheidung berücksichtigen.

Der TOP wurde durch mehrheitlichen Beschluss auf nächste Sitzung vertagt.

TOP Ö 6 Bekanntgabe der in der letzten nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Folgende in der letzten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 21.09.2009 getroffene Beschlüsse wurden Rathauses bekannt gemacht:

TOP NÖ 1 Befristete Einstellung einer Verwaltungsangestellten für das Grundbuchamt

Der Gemeinderat beschloss, zum 01.10.2009 eine Verwaltungsangestellte befristet für das Grundbuchamt einzustellen.

TOP NÖ 2 Ratenstundungsantrag wegen Erschließungsbeitrag für Lärmschutzanlage „Bruchhäuser Weg“

Der Gemeinderat stimmte dem Stundungsantrag zu.

TOP NÖ 3 Verkauf einer öffentlichen Grünfläche nördlich des Flurstücks 4734/1 (Im Blumenhof 2)

Der Gemeinderat stimmte dem Verkauf zu.

Die öffentliche Bekanntmachung erfolgt zusätzlich durch Aushang an der Bekanntmachungstafel des Rathauses.

TOP Ö 7 Verschiedenes

Aus den Reihen des Gemeinderats gab es Anfragen zu folgenden Themen:

GR Ulrike Breitenbücher (PL) fragte nach den Unterlagen der Verkehrstagefahrt, forderte vor dem Haus Bruchhäuser Weg 22 ein Halteverbot und sagte, dass man auf dem anschließenden Weg aus dem Ort kein Tempo 50 Schild brauche, da die Strecke ohnehin nicht erlaubt schneller zu fahren. Der Bahnspielplatz müsse dringend um Schaukel und Rutschbahn ergänzt werden.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) erinnerte an den Antrag der GLP einen Neubürgerempfang durchzuführen. Er fragte warum der Bürgermeister am vergangenen Freitag Abend nicht auf dem evangelischen Bazar war, was mit dem ehemaligen Trauzimmer geplant ist, ob das Bürgerbüro Bürgerhaus heiße und forderte einen Lift im Inneren des Rathauses um Barrierefreiheit zu erzeugen. Aus der Schwetzingener Zeitung habe er entnommen, dass es in Schwetzingen eine Ausstellung zu dem Thema Zusammenarbeit Oftersheim, Plankstadt und Schwetzingen gibt. Er wunderte sich, warum dazu nicht der Gemeinderat aus Plankstadt eingeladen wurde.

BGM Schmitt antwortete, dass ein Neubürgerempfang veranstaltet wird, wenn ein originelles Konzept erarbeitet ist und die Verwaltung Zeit zur Organisation hat. Er bedankte sich für das Interesse an seiner Freizeit und erklärte, dass er bereits einen anderen Termin hatte. Ein barrierefreier Zugang sei aus seiner Sicht ebenfalls wünschenswert und wen die Schwetzingener Verwaltung einlädt kann man leider nicht beeinflussen, wird aber für künftige Ereignisse einen Hinweis geben.

GR Jutta Schuster (CDU) bat um eine Bekanntmachung des Sachstandes im Rechtsstreit mit Astra Zeneca. BGM Schmitt gab daraufhin bekannt, dass der Stand weiterhin unverändert ist. Die Gemeinde hat den Rechtsstreit in 1. Instanz gewonnen und Astra Zeneca ist in Berufung gegangen.

GR Hans-Peter Helmling (CDU) fragte an wie der Sachstand beim beauftragten Kauf der vier Grundstücke im Jungholz ist.

BGM Schmitt erwiderte, dass man ihn nur unter der Voraussetzung, dass die Grundstücke konkret nutzbar sind zum Kauf ermächtigt hat. Nachforschungen haben ergeben, dass zwei der Grundstücke Biotope sind und zwei ehemalige Bahngrundstücke, die altlastverdächtig sind.

GR Prof. Dr. Dr. Mende (SPD) forderte das Anlegen eines Behindertenparkplatzes in der Wilhelmstraße.

BGM Schmitt informierte, dass es sich hier um ein Eckhaus handelt und dass das Anliegen schon behandelt wurde.